



im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Bezirkstagsvorsitzender
Theo Wieder
Bismarckstr.17

67655 Kaiserslautern

Am Immenborn 6
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/227214

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Antrag zur Sitzung des Bezirkstags Pfalz am 19. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Bezirkstagsvorsitzender Wieder,

26. Mai 2015

DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Bezirkstagssitzung am 19. Juni 2015 zu setzen.

Fracking gesetzlich verbieten

Der Bezirkstag der Pfalz möge beschließen:

1. Der Bezirkstag fordert das rheinlandpfälzische Landeskabinett auf, mit einer Bundesratsinitiative auf ein generelles, gesetzliches Verbot von „Fracking“ als Fördermethode für Schiefergas hinzuwirken.
2. Der Bezirkstag fordert die BASF Ludwigshafen auf, diesbezügliche Forschungsprojekte und unterstützende Maßnahmen zur Förderung von Schiefergas in Rheinland-Pfalz einzustellen.
3. Der Bezirkstag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass den Kommunen und Verbänden eine Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bei Fracking-Projekten eingeräumt wird.

Begründung:

Der vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf sieht kein generelles Verbot von Fracking vor. Der Gesetzentwurf ist in Hinblick auf den Wasser – und Naturschutz unzureichend. Dies wird von Umwelt- und Naturschutzverbänden zu Recht heftig kritisiert. Die beim unkonventionellen Fracking verwendeten Chemikalien verunreinigen insbesondere das entstehende Abwasser, das mit Schwermetallen und hochkonzentrierten Salzen belastet wird. Trotz der vorgesehenen

Schutzmaßnahmen kann jedoch auch die direkte Belastung des Grundwassers mit giftigen Chemikalien nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus können durch Fracking künstlich Erdbeben ausgelöst werden. Die durch Fracking entstehenden Risiken für Mensch, Natur und Umwelt sind nur durch generelles Verbot für diese Fördermethode tatsächlich auszuschließen.

Der bisherige Beschluss der Länder auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz, Fracking in Gebieten zu verbieten, in denen Grundwasser für Lebensmittel und die Getränkeherstellung entnommen wird oder sich Mineralwasservorkommen befinden, ist unzureichend.

Laut Medienberichten soll es im Nordpfälzer Bergland und im oberen Rheingraben Schiefergasvorkommen geben, die durch Fracking erschlossen werden könnten. Die BASF-Ludwigshafen hat dazu bereits 2013 in der Öffentlichkeit verkündet, dass das Unternehmen Fracking-Methoden erforschen wolle und den Einsatz von Fracking im In- und Ausland prüfe.

Der Bezirkstag der Pfalz sollte mit der Verabschiedung dieses Antrages ein deutliches Signal an die Verantwortlichen in Bund und Land senden, dass Fracking keinen sinnvollen Beitrag zur Energieversorgung leisten kann und auf Grund der damit verbundenen Risiken für Mensch und Umwelt grundsätzlich abzulehnen ist.

Darüber hinaus sollte der Bezirkstag dafür eintreten, dass den Kommunen und Verbänden ein umfassendes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bei den geplanten Gesetzgebungsverfahren und – bei der zu befürchtenden grundsätzlichen Erlaubnis von Fracking durch den Gesetzgeber – bei den Genehmigungsverfahren eingeräumt wird.

Für DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz:

.....
Brigitte Freihold